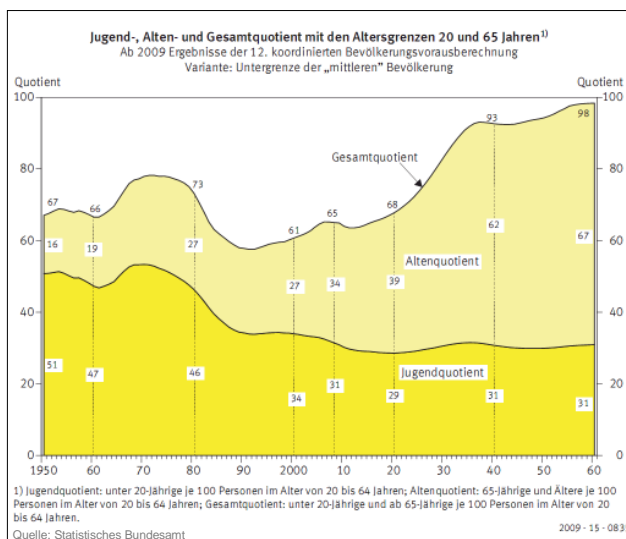


Die demografische »Belastung«

Die Alterung der Bevölkerung bildet eine enorme Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, keine Frage. Wie groß aber ist die demografische »Belastung« tatsächlich? Erzwingt sie womöglich den Abschied von solidarischen Sicherungssystemen, wie manche fix behaupten?

Nach der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes lautet eines der möglichen Szenarien wie folgt¹: Die Gesamtbevölkerung Deutschlands schrumpft von 82 Mio. Personen im Jahre 2008 auf 64,65 Mio. Personen im Jahre 2060. Dieser Bevölkerungsrückgang geht einher mit einer Verschiebung im Altersaufbau; die Zahl der jungen Menschen unter 20 Jahren sinkt von 15,62 Mio. auf nur noch 10,09 Mio., die der Älteren ab 65 Jahren aufwärts steigt von 16,73 Mio. auf 21,98 Mio. und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren sinkt von 49,66 Mio. auf 32,59 Mio. Personen.



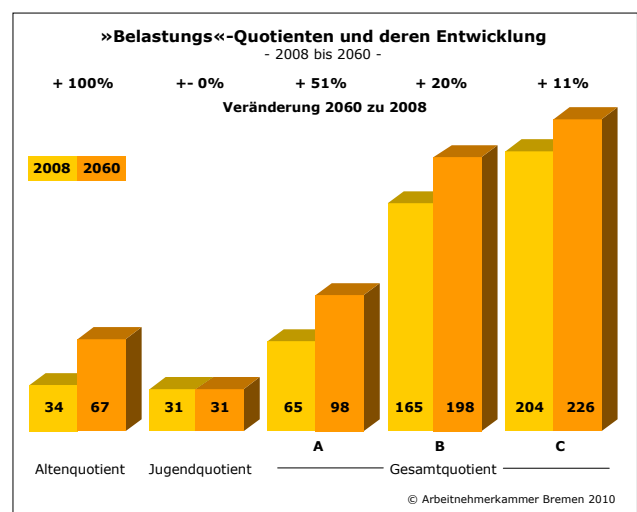
Damit steigt der so genannte »Altenquotient« – das zahlenmäßige Verhältnis der Älteren zu den Menschen im Alter von 20 bis unter 65 Jahre – von 34 im Jahre 2008 auf 67 im Jahre 2060; während heute auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 34 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr entfallen, verschlechtert sich diese Relation bis zum Jahre 2060 auf 100 zu 67. Das entspricht einer Steigerung des »Altenquotienten« um rund 100%.

Aber Vorsicht: In der öffentlichen Debatte um die Finanzierbarkeit vor allem der Renten, aber auch der Sicherung im Krankheits- oder Pflegefall, wird der steigende »Altenquotient« als für die mittlere Altersgruppe ökonomisch unzumutbare Last kommuniziert. Unter Verweis auf die zunehmende Alterung wurden und werden die solidarischen Sicherungssysteme demontiert, werden die Individualisierung sozialer Risiken und die Privatisierung ihrer Kosten politisch vorangetrieben. Die Dramatisierer der demografischen »Belastung« spielen mit gezinkten Karten und verfolgen dabei wenig honorige Ziele.

Zum einen nämlich müssen von der erwerbsfähigen Altersgruppe nicht nur die Älteren, sondern auch die Jüngeren ökonomisch geschultert werden; berücksichtigt man bei der »Belastungs«-Rechnung, dass der »Jugendquotient« mit 31 konstant bleibt, so steigt der »Gesamtquotient« (A) – also die Summe der unter 20- und der ab 65-Jährigen im Verhältnis zu den 20- bis unter 65-Jährigen – bis zum Jahre 2060 um nur noch 51% von heute 65 auf dann 98. Der ursprüngliche »Belastungs«-Anstieg von 100% hat sich somit halbiert.

Zum anderen muss die mittlere Altersgruppe nicht nur die Jüngeren und die Älteren mit finanzieren, sondern selbstverständlich auch sich selbst; ökonomisch hat sie die Reproduktion der gesamten Bevölkerung sicher zu stellen. Unter diesem Aspekt – zahlenmäßiges Verhältnis der Gesamtbevölkerung zur Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahre – steigt der »Gesamtquotient« (B) von 165 auf 198 oder um nur noch 20%. Der »Belastungs«-Anstieg schrumpft nochmals um mehr als die Hälfte.

Schließlich sind nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich *erwerbstätig*. Nimmt man vereinfachend und vorsichtig an, dass der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an allen Personen im mittleren Alter bis zum Jahre 2060 nicht steigt und dass die Arbeitslosigkeit auf rd. 3% sinkt², so ergibt dies eine nochmalige Halbierung beim Anstieg des »Gesamtquotienten« (C), also des zahlenmäßigen Verhältnisses der Gesamtbevölkerung zu den Erwerbstätigen. Der vermeintlich untragbare »Belastungsanstieg« reduziert sich von anfänglich 100% auf am Ende gerade noch 11%. – Selbst ein verhaltener Zuwachs der Arbeitsproduktivität von im Durchschnitt 1,3%³ jährlich würde die Leistung jedes Erwerbstätigen bis 2060 um fast 100% steigern. Davon könnten alle Generationen gleichermaßen profitieren, sofern die Verteilung »stimmt«.



¹ Variante Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung; zu den Varianten und deren Annahmen vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 37 ff - ² vgl. BMGS (Hrsg.), Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission (Rürup-Kommission), Bonn 2003, S. 61 - ³ Die Rürup-Kommission unterstellt bis 2040 einen Anstieg von rd. 1,8% p.a., vgl. ebenda

